

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Linda Teuteberg, Stephan Thomae,
Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/7598 –**

Geplante Maßnahmen zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

Vorbemerkung der Fragesteller

Die zügige und rechtsstaatliche Durchsetzung der Ausreisepflicht von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen aus Drittstaaten ist der Bestandteil eines funktionierenden Asylsystems. Insgesamt wurden von Anfang Januar bis Oktober 2018 nach Angaben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) 19 781 Asylbewerber abgeschoben. 20 857 geplante Abschiebungen hingegen wurden nicht durchgeführt. 14 491 wurden im Vorfeld storniert, 5 788 scheiterten an der „nicht erfolgten Zuführung am Flugtag“ (DW Online, Seehofer plant Verschärfungen bei Abschiebungen, 12. Dezember 2018). Auch Widerstandshandlungen der Betroffenen oder die Beförderungsverweigerung durch die jeweiligen Luftfahrzeugführer hatten in vielen Fällen die Nichtdurchführung einer Abschiebung zur Folge.

Vor dem Hintergrund dieser Umstände und angesichts verschiedener Vorfälle, zuletzt in Amberg, hat Bundesminister Horst Seehofer in der Vergangenheit mehrfach Maßnahmen angekündigt, die zu einer besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht führen sollen (z. B. Süddeutsche Zeitung Online, Seehofer fordert erneut härtere Abschieberegulungen, 2. Januar 2019).

Dazu arbeitet das BMI an einem „Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“, das verschiedene Maßnahmen enthalten soll, um dieses Ziel zu erreichen, unter anderem eine zeitlich begrenzte Zusammenlegung von Abschiebehaf und Justizvollzug, die auch rückwirkende Einführung eines rechtlichen Status unterhalb der Duldung für Ausreisepflichtige, denen die Rückführungshindernisse zuzurechnen sind („Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht (Ausreiseaufforderung)“), eine Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Passbeschaffung, eine Verschärfung des gesetzlichen Mindeststrafmaßes, das ein besonderes Ausweisungsinteresse begründet sowie zahlreiche weitere Maßnahmen.

Um Auswirkungen und Wirksamkeit dieser geplanten Maßnahmen einschätzen zu können, sind jedoch nach Ansicht der Fragesteller zusätzliche Informationen erforderlich.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich nicht hypothetisch zu Gesetzesentwürfen, die sich noch im Abstimmungsprozess befinden.

1. Wie viele Abschiebungen konnten seit 2015 pro Jahr nicht erfolgreich durchgeführt werden, und was waren jeweils die Ursachen (z. B. Nichtantreffen der Person, Widerstandshandlungen, Flucht oder Fluchtversuch, Beförderungsverweigerung durch den Luftfahrzeugführer, Nichtzuführung der betreffenden Person, Stornierung der Maßnahmen im Vorfeld, ggf. nach Gründen)?

Im Zeitraum von 2015 bis 2018 sind nach Kenntnis der Bundesregierung mindestens 93 858 Abschiebungen gescheitert bzw. storniert worden.

Ergänzend wird auf nachstehende Tabellen verwiesen:

Gründe	Anzahl Personen			
	2015	2016	2017	2018
Vor Übergabe an die Bundespolizei	18.418	20.064	20.903	27.636
davon Stornierung im Vorfeld	14.319	14.693	13.563	19.636
davon nicht erfolgte Zuführung am Flugtag	3.947	5.230	7.119	7.850
davon verspätete Zuführung	19	23	44	70
davon sonstige Gründe	133	118	177	80

Gründe	Anzahl Personen			
	2015	2016	2017	2018
Nach Übergabe an die Bundespolizei	840	859	1.872	3.266
Beförderungsverweigerung Luftverkehrsgesellschaft (LVG)/Luftfahrzeugführer	93	138	314	506
Übernahmeverweigerung im Zielstaat	28	24	31	15
Übernahmeverweigerung durch BPOL	72	130	253	468

Übernahmeverweigerung durch LVG-Begleiter	4	5	1	20
Übernahmeverweigerung durch staatl. Begleiter	2	2	1	6
passiver Widerstand	177	204	407	1.493
aktiver Widerstand	34	58	118	144
Flucht, Fluchtversuch		7	12	21
nicht flugreisetauglich/fehlende Flugreisetauglichkeitsbescheinigung	79	73	111	107
fehlendes/ungültiges Heimreisedokument	16	17	25	31
fehlende Durchbeförderungsbewilligung	3	3	3	13
den Flug betreffende Gründe	240	74	457	268
Selbstverletzung bzw. Versuch; Suizid bzw. Versuch	11	12	22	42
Rechtsmittel	58	105	65	109
Scheitern während Transitaufenthalt	20	2	18	15
fehlendes Begleitpersonal	3	5	34	8
Gesamtsumme	19.258	20.923	22.775	30.902

2. In wie vielen Fällen erfolgte nach Kenntnis der Bundesregierung eine Ausweisung von Ausländern aus Drittstaaten nach § 53 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) (bitte jährlich und nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Gründen zur Ausweisung nach § 53 AufenthG angeben), und in wie vielen Fällen erfolgte tatsächlich eine Ausreise oder Abschiebung der betreffenden Personen (bitte aufgeschlüsselt nach Ausweisung und erfolgter Ausreise oder Abschiebung nach Jahren, insgesamt sowie nach Herkunftsländern angeben)?

Ausweislich des Ausländerzentralregisters (AZR) zum Stichtag 31. Januar 2019 erhielten im Zeitraum von Januar 2015 bis Januar 2019 insgesamt 23 311 Personen Ausweisungen. Bei mehreren Ausweisungen, die gegenüber einer Person ausgesprochen worden sind, wurde nur die letzte gezählt. Die Gründe für die Ausweisungsentscheidungen werden im AZR nicht erfasst.

Von diesen 23 311 Personen waren zum oben genannten Stichtag 13 969 Personen im AZR als „nicht mehr aufhältig in Deutschland“ erfasst. Innerhalb dieser Personengruppe wird keine Differenzierung vorgenommen, ob der Grund für den nicht vorhandenen Aufenthalt in Deutschland eine freiwillig erfolgte Ausreise oder eine vollzogene Abschiebung war.

Nach Jahren und Staatsangehörigkeiten differenzierte Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anzahl der Ausländer mit Ausweisung nach Jahr der (letzten) Ausweisungsverfügung	2015	2016	2017	2018	2019	Gesamt
	3.564	4.970	7.365	6.980	432	23.311

Anzahl der zum Stichtag 31.01.2019 nicht mehr aufhältigen Ausländer mit Ausweisung von 2015 – Jan. 2019 nach Jahr der Ausreise	2015	2016	2017	2018	2019	Gesamt
	1.586	2.784	3.905	5.386	308	13.969

Staatsangehörigkeit	Personen mit Ausweisung (2015 – Jan. 2019)	Personen mit Ausweisung (2015 – Jan. 2019) und zum Stichtag 31.01.2019 nicht mehr aufhältig
Gesamt	23.316	13.969
davon:		
Albanien	2.090	1.593
Serbien	1.720	1.256
Algerien	1.522	792
Türkei	1.455	638
Ukraine	1.300	1.072
Georgien	1.229	886
Marokko	1.186	753
Kosovo	1.050	680
Moldau (Republik)	791	645
Irak	774	309
Tunesien	688	368
Bosnien und Herzegowina	676	470
Afghanistan	660	262
Mazedonien	602	439
Syrien	568	171
Gambia	558	211
Pakistan	459	217
Russische Föderation	437	227
Nigeria	434	230
Ungeklärt	329	119
Eritrea	296	68
Vietnam	265	184
Iran	256	75
Indien	233	128
Somalia	221	76
Ghana	214	144
China	210	165
Thailand	202	172
sonstige Staatsangehörigkeiten (mit jeweils nicht mehr als 200 Personen mit Ausweisungsentscheidung)	2.891	1.619

3. In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2015 ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse festgestellt (bitte jährlich und nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Anhaltspunkten für ein besonderes Ausweisungsinteresse nach § 54 AufenthG angeben), und in wie vielen Fällen erfolgte tatsächlich eine Ausreise oder Abschiebung der betreffenden Personen (bitte aufgeschlüsselt nach Ausweisung und erfolgter Ausreise oder Abschiebung nach Jahren, insgesamt sowie nach Herkunftsländern angeben)?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor. Ausweisungen nach § 53 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), bei denen auch ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse nach § 54 AufenthG festgestellt wurde, werden im AZR nicht differenziert erfasst. Sie sind in den Angaben zu Frage 2 enthalten.

4. Wie viele Ausländer aus Drittstaaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2015 zu einer Haftstrafe von einem Monat bis sechs Monaten, sechs bis zwölf Monaten, einem Jahr bis zwei Jahren, zwei bis fünf Jahren oder mehr als fünf Jahren verurteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, insgesamt sowie nach Aufenthaltsstatus angeben), und wie hoch ist jeweils der Anteil der Personen (in absoluten und relativen Zahlen angeben),
 - a) gegen die in der Folge eine Ausweisung ergangen ist,
 - b) die aus Deutschland ausgereist sind,
 - c) sich gegenwärtig in der Vorbereitung zu einer Abschiebung befinden oder
 - d) abgeschoben wurden?

Die vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Statistik zur Strafverfolgung erfasst bei den verurteilten Ausländern deren Staatsangehörigkeit und die Höhe der rechtskräftig verhängten Strafe. Die Statistik erfasst jedoch nicht den Aufenthaltsstatus und die unter a bis d genannten Merkmale.

In der nachstehenden Tabelle sind die Angaben zu den Personen aus Drittstaaten*, die zu einer unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt wurden, enthalten.

Jahr	Verurteilte zur Freiheitsstrafe ohne Strafaussetzung zur Bewährung						
	Insgesamt	bis 6 Monate	6 Monate	bis zu 5 Jahren			mehr als 5 Jahre
				6 – 12 Monate	1 – 2 Jahre	2 – 5 Jahre	
2015	4.949	944	397	965	842	1.461	340
2016	6.790	1.557	520	1.359	1.232	1.741	381
2017	7.255	1.394	543	1.556	1.326	1.980	456

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Strafverfolgung.

* Nicht-Deutsche ohne EU28 sowie ohne Staatenlose, Unbekannte oder ohne Angaben

5. Wie hoch war seit dem 1. Mai 2017 nach Kenntnis der Bundesregierung die monatliche Auslastung der Abschiebehaftanstalten der Länder, und an wie vielen Tagen waren die einzelnen Anstalten nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils voll belegt (bitte alle Angaben nach Monaten und einzelnen Anstalten aufschlüsseln)?

Auf Bundesebene werden Zahlen zur Abschiebungshaft und zur Auslastung der Abschiebungshaftanstalten nicht systematisch erhoben. Im Rahmen der Beantwortung parlamentarischer Anfragen hat das Bundesministerium des Innern, für

Bau und Heimat jedoch anlassbezogen zahlreiche Informationen zu dem Themenkomplex bei den Ländern erfragt und in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/5817 zusammengetragen. Auf die darin enthaltenen Angaben wird verwiesen.

6. Welche Auswirkungen hätte eine Umsetzung der im Referentenentwurf des BMI geplanten Änderungen auf die Auslastung der Abschiebehaftanstalten der Länder, und wie viele Personen würden bis 2022 schätzungsweise zusätzlich zur (erweiterten) Vorbereitung der Abschiebung jeweils jährlich in Haft genommen?

Der Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (Geordnete-Rückkehr-Gesetz)“ wird derzeit im Kreise der Bundesressorts abgestimmt. Vor Abschluss der Ressortabstimmung können keine Angaben zu einzelnen Regelungen oder zu den Auswirkungen der Umsetzung abgegeben werden.

7. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Personen (in absoluten und relativen Zahlen), die seit dem 1. Mai 2017 in Abschiebehaftanstalten untergebracht waren, die
 - a) als Straftäter verurteilt und/oder als Gefährder eingestuft waren,
 - b) unter sechs, sechs bis zehn, zehn bis 14, 14 bis 18, 18 bis 21 oder über 21 Jahre alt waren?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

8. Wie viele Personen können nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig in Gewahrsamseinrichtungen des Bundes oder der Länder an Verkehrsflughäfen untergebracht werden (bitte nach Einrichtungen, getrennt nach Zuständigkeit von Bund und Ländern aufschlüsseln), und welche Maßnahmen sind seit dem 4. Juli 2018 durch den Bund ergriffen worden, um entsprechende Einrichtungen zu erweitern oder neu zu errichten, und bis wann ist mit wie vielen neuen Plätzen an welchen Standorten zu rechnen?

Zur ersten Teilfrage liegen der Bundesregierung keine validen Daten bzw. Informationen vor. Auf Bundesebene werden Zahlen zu Gewahrsamseinrichtungen und deren Auslastung nicht systematisch erhoben.

Im Mai 2017 hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat den Ländern erste konzeptionelle Überlegungen zur Stärkung der Vollzugszuständigkeit des Bundes bei der Aufenthaltsbeendigung dargestellt. Auf Anregung der Länder wird seitens des Bundes die Machbarkeit zur Einrichtung von sogenannten Bundesausreisezentren – insbesondere an großen Verkehrsflughäfen – geprüft. Drei Länder hatten seinerzeit angeboten, für entsprechende Pilotprojekte zur Verfügung zu stehen.

9. Wie viele Personen können nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften der Länder untergebracht werden, wie hoch ist gegenwärtig die Auslastung der entsprechenden Einrichtungen (bitte nach Bundesländern und Aufnahmekapazität bzw. Auslastung der einzelnen Standorte aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Die Aufnahme und Unterbringung der Asylsuchenden fällt in die Zuständigkeit der Länder. Die Zuständigkeit umfasst auch die Erfassung der Aufnahmekapazitäten, bzw. Auslastung der jeweiligen Aufnahmeeinrichtungen.

10. Bei welchen der vorgenannten Einrichtungen handelt es sich nach Kenntnis der Bundesregierung um AnKER-Zentren oder Einrichtungen, die analog zum Konzept der AnKER-Zentren die Präsenz und Zusammenarbeit aller am Asylverfahren beteiligten Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, d. h. insbesondere Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesagentur für Arbeit, Ausländerbehörden, Jugendämter und Verwaltungsgerichte, gewährleisten?

Asylverfahren sollen künftig in zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen bearbeitet werden, in denen die am Asylverfahren beteiligten Behörden Hand in Hand arbeiten (sogenannte AnKER-Einrichtungen). In den AnKER-Einrichtungen finden die Verfahrensabschnitte Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung bzw. Rückkehr statt.

Bereits im vergangenen Jahr haben in Bayern sieben AnKER-Einrichtungen (Ingolstadt/Manching, Deggendorf, Regensburg, Bamberg, Zirndorf, Schweinfurt und Donauwörth) sowie je eine in Sachsen (Dresden) und im Saarland (Lebach) ihre Arbeit aufgenommen.

Aktuell werden weitere Gespräche auf Arbeitsebene mit mehreren Ländern geführt, AnKER-Einrichtungen bzw. funktionsgleiche Einrichtungen zu installieren.

11. Wie hoch war seit dem 1. Januar 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung die monatliche Auslastung der Justizvollzugsanstalten der Länder (verfügbare und belegte Plätze, bitte alle Angaben, soweit möglich, nach Monaten und einzelnen Bundesländern aufschlüsseln)?

Der Betrieb von Justizvollzugsanstalten liegt in der Zuständigkeit der Länder. Der Bundesregierung liegen die Daten und Zahlen zur Auslastung in Form der Publikation „Bestand der Gefangenen und Verwahrten in den Justizvollzugsanstalten – 31. August 2018“ des Statistischen Bundesamts vor (Anlage).

12. Wie viele Personen halten sich gegenwärtig mit einer Duldung in Deutschland auf (bitte differenziert nach Geschlecht, Alter, Aufenthalt seit mehr oder weniger als drei, vier, fünf, sechs, acht, zehn, zwölf und 15 Jahren und zehn wichtigsten Herkunftsländern angeben), und wie häufig lagen dabei jeweils welche Duldungsgründe nach § 60a AufenthG vor?

Ausweislich des AZR hielten sich zum Stichtag 31. Januar 2019 insgesamt 182 169 Personen mit einer Duldung nach § 60a AufenthG in Deutschland auf.

Die erfragten Differenzierungen können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Duldungen zum Stichtag 31.01.2019		Duldungsgründe	
Gesamt			182.169
1.	Nach § 60a AufenthG (alt)	Duldung (ohne nähere Angabe)	1.542
2.	Nach § 60a Absatz 1 AufenthG	Duldung aufgrund eines Abschiebungsstopps (für bestimmte Ausländergruppen oder in bestimmte Staaten)	4.450
3.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wg. fehlender Reisedokumente	75.261
4.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung wegen familiärer Bindungen zu Duldungsinhabern	11.231
5.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus medizinischen Gründen	3.721
6.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG	Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich; hier: Duldung aus sonstigen Gründen	73.403
7.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG	Vorübergehende Anwesenheit des Ausländers für ein Strafverfahren.	423
8.	Nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG	sogenannte „Ermessensduldung“, d. h. es liegen dringende hu- manitäre oder persönliche Gründe vor (z. B. Beendigung der Schule/Ausbildung; Betreuung kranker Familienangehöriger)	11.657
9.	Nach § 60a Absatz 2b AufenthG	Eltern von minderjährigen Kindern mit einer Aufenthaltser- laubnis nach § 25a AufenthG (gut integrierte Jugendliche).	481

Geschlecht/ Alter	Gesamt	davon nach Duldungsgründen:								
		1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Summe	182.169	1.542	4.450	75.261	11.231	3.721	73.403	423	11.657	481
männlich	58.344	604	1.469	18.382	5.145	1.962	26.748	135	3.644	255
weiblich	123.527	938	2.967	56.778	6.061	1.747	46.538	286	7.986	226
unbekannt	298		14	101	25	12	117	2	27	
unter 18 Jahre	50.866	162	1.250	16.133	5.809	1.006	23.738	95	2.474	199
18 Jahre und älter	131.303	1.380	3.200	59.128	5.422	2.715	49.665	328	9.183	282

		davon nach Duldungsgründen:								
Aufenthaltsdauer	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
0-3 J	113.846	3	2.625	48.185	6.376	2.233	46.491	249	7.633	51
mehr als 3 J	68.131	1.539	1.822	26.992	4.851	1.488	26.827	174	4.008	430
0-4 J	136.267	12	3.020	56.569	8.344	2.899	55.502	303	9.537	81
mehr als 4 J	45.710	1.530	1.427	18.608	2.883	822	17.816	120	2.104	400
0-5 J	149.076	25	3.332	62.031	9.321	3.203	60.335	328	10.361	140
mehr als 5 J	32.901	1.517	1.115	13.146	1.906	518	12.983	95	1.280	341
0-6 J	156.186	38	3.514	65.038	9.836	3.340	63.150	342	10.713	215
mehr als 6 J	25.791	1.504	933	10.139	1.391	381	10.168	81	928	266
0-8 J	163.415	49	3.717	68.062	10.313	3.455	66.156	356	11.011	296
mehr als 8 J	18.562	1.493	730	7.115	914	266	7.162	67	630	185
0-10 J	166.521	70	3.853	69.370	10.499	3.495	67.386	364	11.129	355
mehr als 10 J	15.456	1.472	594	5.807	728	226	5.932	59	512	126
0-12 J	168.347	123	3.924	70.147	10.643	3.517	68.084	368	11.173	368
mehr als 12 J	13.630	1.419	523	5.030	584	204	5.234	55	468	113
0-15 J	171.437	358	4.051	71.360	10.819	3.556	69.245	377	11.278	393
mehr als 15 J	10.540	1.184	396	3.817	408	165	4.073	46	363	88
Hauptstaatsangehörigkeiten		davon nach Duldungsgründen:								
	Gesamt	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
	182.169	1.542	4.450	75.261	11.231	3.721	73.403	423	11.657	481
Afghanistan	14.674	13	466	6.069	274	45	6.410	31	1.347	19
Irak	13.148	34	536	4.210	408	65	7.236	22	624	13
Serbien	10.868	12	327	1.379	1.536	550	6.336	6	622	70
Russische Föd.	9.745	42	212	4.185	713	161	3.877	19	478	58
Kosovo	8.735	13	234	1.219	1.277	426	4.600	32	891	43
Pakistan	8.066	17	141	6.019	116	15	1.435	12	301	10
Albanien	7.919	6	132	376	882	495	4.491	26	1.500	11
Nigeria	7.611	16	126	3.778	516	56	2.817	17	285	
Ungeklärt	6.491	143	141	4.324	246	33	1.403	11	128	62
Indien	6.243	21	101	5.164	83	21	752	15	78	8

13. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt oder nach Stichproben, Studien oder anderweitigen Untersuchungen der Anteil ausreisepflichtiger Ausländer aus Drittstaaten, die
- bei der Beschaffung von Passdokumenten oder Passersatzpapieren nicht kooperieren,
 - falsche Angaben zu ihrer Identität oder Staatsangehörigkeit gemacht haben,

Daten im Sinne der Fragen 13a und 13b werden durch die Bundesregierung nicht systematisch erhoben. Der kontinuierliche Austausch mit den für den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden hat ergeben, dass die in den Fragen 13a und 13b genannten Fallkonstellationen bei einem signifikanten Anteil der vollziehbar Ausreisepflichtigen auftreten.

- als Staatsangehörige eines sicheren Herkunftsstaates nach § 29a des Asylgesetzes (AsylG) nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt haben, der abgelehnt oder zurückgenommen wurde?

Zum Stichtag 31. Januar 2019 hielten sich 13. 226 ausreisepflichtige Drittstaatsangehörige eines sicheren Herkunftsstaates in Deutschland auf, die nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt haben, der abgelehnt oder zurückgenommen wurde.

14. In wie vielen „Altfällen“ würde nach Einschätzung der Bundesregierung eine Duldung widerrufen und stattdessen eine „Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht (Ausreiseaufforderung)“ ausgestellt, wenn die im Referentenentwurf des BMI geplanten Regelungen in Kraft treten (sofern keine exakte Einschätzung möglich ist, bitte auch unter Angabe der möglichen Spannbreiten angeben)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

15. Wie viele Ausländer aus Drittstaaten, deren Asylantrag 2018 ablehnend beschieden wurde und sich gegenwärtig mit einer Duldung in Deutschland aufhalten, haben nach Kenntnis der Bundesregierung
- bei der Beschaffung von Passdokumenten oder Passersatzpapieren nicht kooperiert,
 - falsche Angaben zu ihrer Identität oder Staatsangehörigkeit gemacht,

Daten im Sinne der Fragen 15a und 15b werden durch die Bundesregierung nicht systematisch erhoben. Der kontinuierliche Austausch mit den für den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden hat ergeben, dass dies bezüglich eines signifikanten Anteils der vollziehbar Ausreisepflichtigen der Fall ist.

- als Staatsangehörige eines sicheren Herkunftsstaates nach § 29a AsylG nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt, der abgelehnt oder zurückgenommen wurde?

Zum Stichtag 31. Januar 2019 hielten sich 2 928 Personen mit einer Duldung nach § 60a AufenthG in Deutschland auf, deren Asylantrag im Jahr 2018 ablehnend beschieden wurde und die nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt haben, der abgelehnt oder zurückgenommen wurde.

16. Wie viele Personen würden nach Einschätzung der Bundesregierung eine „Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht (Ausreiseaufforderung)“ erhalten, wenn die im Referentenentwurf des BMI geplanten Regelungen in Kraft treten (bitte insgesamt sowie anteilig zur Zahl aller abgelehnten Asylbewerber aus Drittstaaten angeben; sofern keine exakte Einschätzung möglich ist, bitte auch unter Angabe der möglichen Spannbreiten beantworten)?
17. Wie hoch sind die Kosten, die bei der Berechnung des Erfüllungsaufwandes von Ländern und Kommunen im Einzelfall durchschnittlich für den Widerruf einer Duldung und Ausstellung einer „Bescheinigung über die vollziehbare Ausreisepflicht (Ausreiseaufforderung)“ entstehen, die im Referentenentwurf für ein Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht durch das BMI zugrunde gelegt werden?

Die Fragen 16 und 17 werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

18. Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen seit 2015 Personen oder Organisationen
 - a) ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde geplante Zeitpunkte oder Zeiträume einer bevorstehenden Abschiebung veröffentlicht haben, an einen unbestimmten Personenkreis gelangen ließen oder einem ausreisepflichtigen Ausländer mitgeteilt haben bzw.
 - b) eine Abschiebung durch Protest oder Gewaltanwendung behindert oder unterbunden haben?

Angaben zu Fällen im Sinne der Fragestellung werden durch die Bundesregierung nicht systematisch erhoben. Der Bundesregierung sind entsprechende Fälle über die Presseberichterstattung oder im Wege von Beschwerdeschreibern bekannt geworden.

Bestand der Gefangenen und Verwahrten in den deutschen Justizvollzugsanstalten nach ihrer Unterbringung auf Haftplätzen des geschlossenen und offenen Vollzuges

am Stichtag 31. August 2018

Land	Zahl der Vollzugsanstalten		i= insgesamt w= weiblich	Belegungsfähigkeit			Belegung		
	A / B = geschlossener und offener Vollzug zus.			insgesamt	davon für		insgesamt	davon in	
	B = darunter off. Vollzug				Einzelunterbringung in der Anstalt	gemeinsame Unterbringung in der Anstalt		Einzelunterbringung in der Anstalt	gemeinsame Unterbringung in der Anstalt
Deutschland insgesamt	A/ B:	180	i	73 855	54 575	19 280	62 902	46 888	16 014
			w	4 444	3 318	1 126	3 652	2 534	1 118
	A:	167	i	63 125	49 585	13 540	56 678	43 530	13 148
			w	3 644	2 738	906	3 112	2 129	983
	B:	13	i	10 730	4 990	5 740	6 224	3 358	2 866
			w	800	580	220	540	405	135
davon:									
Baden-Württemberg	A/ B:	19	i	7 531	4 516	3 015	7 213	3 842	3 371
			w	423	243	180	381	135	246
	B:	1	i	1 072	173	899	556	154	402
			w	14	1	13	12	6	6
Bayern ¹⁾	A/ B:	36	i	12 222	8 191	4 031	11 253	7 346	3 907
			w	889	542	347	821	482	339
	B:	1	i	881	370	511	513	221	292
			w	44	26	18	30	21	9
Berlin	A/ B:	7	i	4 726	4 132	594	3 580	3 363	217
			w	250	236	14	207	207	-
	B:	1	i	1 233	721	512	558	417	141
			w	107	93	14	63	63	-
Brandenburg	A/ B:	5	i	1 465	1 241	224	1 194	1 115	79
			w	107	75	32	100	82	18
	B:	-	i	291	237	54	172	170	2
			w	34	22	12	22	22	-
Bremen	A/ B:	1	i	666	585	81	616	585	31
			w	48	48	-	29	27	2
	B:	-	i	93	87	6	52	51	1
			w	6	6	-	2	2	-
Hamburg	A/ B:	6	i	2 146	1 923	223	1 906	1 740	166
			w	136	126	10	81	81	-
	B:	1	i	227	74	153	138	42	96
			w	19	19	-	8	8	-
Hessen	A/ B:	16	i	5 406	4 230	1 176	4 635	4 007	628
			w	381	307	74	296	253	43
	B:	1	i	398	246	152	183	141	42
			w	68	54	14	20	20	-
Mecklenburg- Vorpommern	A/ B:	5	i	1 479	1 190	289	1 056	888	168
			w	50	44	6	45	33	12
	B:	-	i	175	108	67	86	68	18
			w	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	A/ B:	13	i	6 008	4 810	1 198	4 662	4 127	535
			w	332	233	99	208	170	38
	B:	-	i	934	634	300	477	417	60
			w	70	40	30	41	28	13
Nordrhein-Westfalen	A/ B:	36	i	18 913	12 956	5 957	15 426	11 059	4 367
			w	1 198	852	346	949	693	256
	B:	7	i	4 306	1 659	2 647	3 099	1 395	1 704
			w	333	220	113	306	199	107

Land	Zahl der Vollzugs- anstalten A / B = geschlossener und offener Vollzug zus. B = darunter off. Vollzug	i= insgesamt w= weiblich	Belegungsfähigkeit			Belegung			
			insgesamt	davon für		insgesamt	davon in		
				Einzelunter- bringung in der Anstalt	gemeinsame Un- terbringung in der Anstalt		Einzelunter- bringung in der Anstalt	gemeinsame Un- terbringung in der Anstalt	
Rheinland-Pfalz	A/ B:	10	i	3 398	3 358	40	3 052	2 560	492
			w	219	219	-	216	128	88
	B:	-	i	288	288	-	89	69	20
			w	43	43	-	7	7	-
Saarland	A/ B:	2	i	973	907	66	747	699	48
			w	-	-	-	-	-	-
	B:	1	i	154	88	66	82	62	20
			w	-	-	-	-	-	-
Sachsen	A/ B:	10	i	3 795	2 615	1 180	3 364	2 228	1 136
			w	266	256	10	235	163	72
	B:	-	i	271	77	194	100	60	40
			w	15	13	2	8	8	-
Sachsen-Anhalt	A/ B:	4	i	1 935	1 624	311	1 588	1 369	219
			w	40	38	2	20	16	4
	B:	-	i	138	79	59	51	37	14
			w	12	10	2	2	2	-
Schleswig-Holstein	A/ B:	5	i	1 383	1 259	124	1 145	1 079	66
			w	81	77	4	51	51	-
	B:	-	i	127	79	48	39	30	9
			w	23	23	-	8	8	-
Thüringen	A/ B:	5	i	1 809	1 038	771	1 465	881	584
			w	24	22	2	13	13	-
	B:	-	i	142	70	72	29	24	5
			w	12	10	2	11	11	-

Land	Zahl der Vollzugsanstalten A / B = geschlossener und offener Vollzug zus. B = darunter off. Vollzug	i= insgesamt w= weiblich	Belegung nach Art des Vollzugs			Belegung nach ausgewählten Vollzugsarten									
			Untersuchungshaft	Freiheitsstrafe/ Jugendstrafe/ Sicherungsverwahrung	Sonstige Freiheitsentziehung	Vollzug von Freiheitsstrafe							Jugendstrafvollzug		
						Vollzugsdauer			insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Freiheitsstrafe (§ 114 JGG)	
						bis unter 6 Monate	6 Monate bis einschl. 1 Jahr	mehr als 1 Jahr		Ersatzfreiheitsstrafe	aus Jugendstrafvollzug ausgenommen	in einer sozialtherapeut. Anstalt			
Deutschland insgesamt	A/ B: 180	i	13 628	48 004	1 270	9 706	9 568	24 651	43 925	4 476	1 212	1 440	3 520	53	
		w	692	2 892	68	875	698	1 166	2 739	386	42	51	152	1	
	A: 167	i	13 598	41 817	1 263	8 113	8 271	21 605	37 989	3 771	1 116	1 398	3 272	49	
	w	663	2 383	66	729	573	944	2 246	330	34	34	136	1		
	B: 13	i	30	6 187	7	1 593	1 297	3 046	5 936	705	96	42	248	4	
	w	29	509	2	146	125	222	493	56	8	17	16	-		
davon:															
Baden-Württemberg	A/ B: 19	i	1 906	5 105	202	687	795	3 165	4 647	527	229	84	397	3	
		w	84	286	11	82	58	130	270	39	1	-	16	-	
	B: 1	i	-	555	1	87	84	377	548	59	26	4	7	-	
	w	-	12	-	1	3	8	12	-	-	-	-	-		
Bayern ¹⁾	A/ B: 36	i	3 068	7 922	263	1 306	1 980	4 081	7 367	705	318	249	503	1	
		w	195	609	17	125	186	271	582	68	14	11	27	-	
	B: 1	i	-	512	1	83	133	269	485	25	8	-	27	-	
	w	-	30	-	1	14	12	27	-	-	-	3	-		
Berlin	A/ B: 7	i	799	2 759	22	598	544	1 398	2 540	299	50	119	172	-	
		w	41	165	1	60	32	64	156	34	3	16	9	-	
	B: 1	i	-	558	-	113	116	317	546	52	4	16	12	-	
	w	-	63	-	17	6	36	59	10	-	16	4	-		
Brandenburg	A/ B: 5	i	207	961	26	204	190	503	897	114	12	60	55	-	
		w	5	95	-	32	23	37	92	20	1	-	3	-	
	B: -	i	-	171	1	46	36	86	168	27	2	5	3	-	
	w	-	22	-	5	4	13	22	2	-	-	-	-		
Bremen	A/ B: 1	i	130	482	4	100	64	296	460	63	1	-	22	1	
		w	6	22	1	7	2	12	21	4	-	-	1	-	
	B: -	i	1	51	-	4	5	41	50	1	-	-	1	-	
	w	-	2	-	1	-	1	2	-	-	-	-	-		
Hamburg	A/ B: 6	i	658	1 223	25	260	223	649	1 132	127	17	164	67	-	
		w	24	56	1	13	26	17	56	8	-	-	-	-	
	B: 1	i	-	138	-	2	10	120	132	-	1	-	5	-	
	w	-	8	-	-	2	6	8	-	-	-	-	-		
Hessen	A/ B: 16	i	1 043	3 496	96	662	590	1 956	3 208	379	89	119	220	5	
		w	60	234	2	71	55	101	227	33	4	-	6	-	
	B: 1	i	-	183	-	46	34	101	181	21	5	-	2	1	
	w	-	20	-	4	4	12	20	1	2	-	-	-		
Mecklenburg-Vorpommern	A/ B: 5	i	157	888	11	196	173	415	784	66	8	43	93	15	
		w	7	37	1	16	4	12	32	6	-	-	5	1	
	B: -	i	-	86	-	18	25	37	80	1	-	-	6	2	
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Niedersachsen	A/ B: 13	i	739	3 768	155	951	744	1 739	3 434	342	70	167	281	3	
		w	19	179	10	67	36	67	170	19	3	7	9	-	
	B: -	i	-	476	1	137	99	206	442	67	8	-	33	-	
	w	-	41	-	12	7	22	41	3	2	-	-	-		
Nordrhein-Westfalen	A/ B: 36	i	2 875	12 282	269	2 846	2 416	5 884	11 146	1 057	232	199	1 000	23	
		w	158	775	16	250	178	300	728	85	11	17	47	-	
	B: 7	i	29	3 067	3	959	677	1 298	2 934	421	37	15	133	1	
	w	29	275	2	98	79	90	267	39	3	1	8	-		

Land	Zahl der Vollzugsanstalten A / B = geschlossener und offener Vollzug zus. B = darunter off. Vollzug	i= insgesamt w= weiblich	Belegung nach Art des Vollzugs			Belegung nach ausgewählten Vollzugsarten								
			Untersuchungshaft	Freiheitsstrafe/ Jugendstrafe/ Sicherungsverwahrung	Sonstige Freiheitsentziehung	Vollzug von Freiheitsstrafe						Jugendstrafvollzug		
						Vollzugsdauer			insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Freiheitsstrafe (§ 114 JGG)
						bis unter 6 Monate	6 Monate bis einschl. 1 Jahr	mehr als 1 Jahr		Ersatzfreiheitsstrafe	aus Jugendstrafvollzug ausgenommen	in einer sozialtherapeut. Anstalt		
Rheinland-Pfalz	A/ B: 10	i	568	2 410	74	493	489	1 132	2 114	187	70	50	252	2
		w	40	173	3	52	43	61	156	21	3	-	17	-
	B: -	i	-	89	-	14	13	57	84	4	1	-	5	-
		w	-	7	-	2	-	5	7	-	-	-	-	-
Saarland	A/ B: 2	i	148	594	5	115	128	285	528	23	13	29	62	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	B: 1	i	-	82	-	46	25	6	77	18	2	-	5	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sachsen	A/ B: 10	i	652	2 651	61	644	501	1 329	2 474	262	37	42	144	-
		w	41	192	2	77	38	65	180	35	2	-	12	-
	B: -	i	-	100	-	16	8	69	93	2	2	2	6	-
		w	-	8	-	1	-	6	7	-	1	-	1	-
Sachsen-Anhalt	A/ B: 4	i	230	1 341	17	287	311	620	1 218	140	18	50	110	-
		w	8	12	-	11	-	1	12	9	-	-	-	-
	B: -	i	-	51	-	10	15	24	49	2	-	-	2	-
		w	-	2	-	1	-	1	2	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	A/ B: 5	i	208	922	15	178	143	531	852	83	21	2	67	-
		w	4	46	1	10	13	23	46	4	-	-	-	-
	B: -	i	-	39	-	9	5	25	39	3	-	-	-	-
		w	-	8	-	1	2	5	8	-	-	-	-	-
Thüringen	A/ B: 5	i	240	1 200	25	179	277	668	1 124	102	27	63	75	-
		w	-	11	2	2	4	5	11	1	-	-	-	-
	B: -	i	-	29	-	3	12	13	28	2	-	-	1	-
		w	-	11	-	2	4	5	11	1	-	-	-	-

Land	Zahl der Vollzugsanstalten A / B = geschlossener und offener Vollzug zus. B = darunter off. Vollzug	i= insgesamt w= weiblich	Belegung nach ausgewählten Vollzugsarten							
			Untersuchungshaftvollzug				Sicherungsverwahrung	Sonstige Freiheitsentziehung		
			insgesamt	davon Personen im Alter von				insgesamt	darunter	
				14 bis unter 18 Jahren	18 bis unter 21 Jahren	21 Jahren und darüber			Strafarrest	Abschiebungshaft
Deutschland insgesamt	A/ B: 180	i	13 628	379	1 223	12 026	559	1 270	-	112
		w	692	28	53	611	1	68	-	10
	A: 167	i	13 598	379	1 222	11 997	556	1 263	-	112
		w	663	28	53	582	1	66	-	10
	B: 13	i	30	-	1	29	3	7	-	-
		w	29	-	-	29	-	2	-	-
davon:										
Baden-Württemberg	A/ B: 19	i	1 906	69	214	1 623	61	202	-	-
		w	84	7	11	66	-	11	-	-
	B: 1	i	-	-	-	-	-	1	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Bayern ¹⁾	A/ B: 36	i	3 068	54	282	2 732	52	263	-	80
		w	195	7	22	166	-	17	-	7
	B: 1	i	-	-	-	-	-	1	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Berlin	A/ B: 7	i	799	19	72	708	47	22	-	1
		w	41	-	1	40	-	1	-	-
	B: 1	i	-	-	-	-	-	-	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Brandenburg	A/ B: 5	i	207	2	19	186	9	26	-	-
		w	5	-	-	5	-	-	-	-
	B: -	i	-	-	-	-	-	1	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	A/ B: 1	i	130	16	43	71	-	4	-	-
		w	6	-	2	4	-	1	-	-
	B: -	i	1	-	1	-	-	-	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	A/ B: 6	i	658	16	64	578	24	25	-	-
		w	24	1	-	23	-	1	-	-
	B: 1	i	-	-	-	-	1	-	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	A/ B: 16	i	1 043	33	70	940	68	96	-	-
		w	60	-	1	59	1	2	-	-
	B: 1	i	-	-	-	-	-	-	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	A/ B: 5	i	157	8	18	131	11	11	-	-
		w	7	-	1	6	-	1	-	-
	B: -	i	-	-	-	-	-	-	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	A/ B: 13	i	739	13	50	676	53	155	-	31
		w	19	1	1	17	-	10	-	3
	B: -	i	-	-	-	-	1	1	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	A/ B: 36	i	2 875	93	224	2 558	136	269	-	-
		w	158	9	9	140	-	16	-	-
	B: 7	i	29	-	-	29	-	3	-	-
		w	29	-	-	29	-	2	-	-

Land	Zahl der Vollzugsanstalten		i= insgesamt w= weiblich	Durchschnittliche Belegung im abgelautenen Kalendermonat	Am letzten Tag (24 Uhr) des abgelauteten Kalendermonats vorübergehend abwesend (nicht im Bestand enthalten)		Eintritte und Erstaufnahmen im abgelauteten Kalenderjahr 2017	
	A / B = geschlossener und offener Vollzug zus.				Untersuchungsgefangene	Strafgefangene und Sicherungsverwahrte	Eintritte (Zugänge aus Freiheit oder aus anderer JVA)	Erstaufnahmen (Zugänge aus der Freiheit)
	B = darunter off. Vollzug							
Deutschland insgesamt	A/ B:	180	i	63 596	244	2 149	220 549	95 333
			w	3 692	11	121	14 652	8 681
	A:	167	i	56 779	244	732	206 263	89 865
			w	3 117	11	40	13 866	8 373
	B:	13	i	6 818	-	1 417	14 286	5 468
			w	574	-	81	786	308
davon:								
Baden-Württemberg	A/ B:	19	i	7 315	37	299	24 667	9 926
			w	376	2	5	1 184	745
	B:	1	i	671	-	183	997	272
			w	9	-	-	-	-
Bayern ¹⁾	A/ B:	36	i	11 229	29	121	28 014	17 184
			w	814	1	6	2 527	1 753
	B:	1	i	464	-	15	-	-
			w	24	-	-	-	-
Berlin	A/ B:	7	i	3 713	16	292	10 343	6 993
			w	210	-	8	870	559
	B:	1	i	673	-	237	-	-
			w	66	-	7	-	-
Brandenburg	A/ B:	5	i	1 203	3	31	4 754	1 927
			w	95	-	-	375	152
	B:	-	i	183	-	12	388	129
			w	25	-	-	78	12
Bremen	A/ B:	1	i	628	-	-	1 179	919
			w	32	-	-	82	65
	B:	-	i	63	-	-	29	27
			w	4	-	-	1	1
Hamburg	A/ B:	6	i	1 945	9	114	19 011	4 014
			w	90	-	13	1 489	297
	B:	1	i	164	-	76	283	-
			w	14	-	10	30	-
Hessen	A/ B:	16	i	4 672	17	90	16 215	6 404
			w	298	-	3	889	595
	B:	1	i	196	-	33	634	458
			w	23	-	1	32	22
Mecklenburg-Vorpommern	A/ B:	5	i	1 058	6	17	2 932	1 529
			w	44	-	-	152	116
	B:	-	i	95	-	13	34	-
			w	-	-	-	-	-
Niedersachsen	A/ B:	13	i	4 723	26	193	20 401	7 281
			w	214	4	18	830	649
	B:	-	i	524	-	120	1 077	603
			w	39	-	12	25	8
Nordrhein-Westfalen	A/ B:	36	i	15 641	45	661	53 718	22 283
			w	963	2	37	3 744	2 081
	B:	7	i	3 259	-	508	9 970	3 362
			w	318	-	27	519	263

Land	Zahl der Vollzugsanstalten		i= insgesamt w= weiblich	Durchschnittliche Belegung im abgelaufenen Kalendermonat	Am letzten Tag (24 Uhr) des abgelaufenen Kalendermonats vorübergehend abwesend (nicht im Bestand enthalten)		Eintritte und Erstaufnahmen im abgelaufenen Kalenderjahr 2017	
	A / B = geschlossener und offener Vollzug zus.				Untersuchungs- gefangene	Strafgefangene und Sicherungs- verwahrte	Eintritte (Zugänge aus Freiheit oder aus anderer JVA)	Erstaufnahmen (Zugänge aus der Freiheit)
	B = darunter off. Vollzug							
Rheinland-Pfalz	A/ B:	10	i	3 104	18	108	10 918	4 149
			w	222	1	18	935	514
	B:	-	i	131	-	62	86	19
			w	19	-	16	27	1
Saarland	A/ B:	2	i	759	3	33	1 511	1 146
			w	-	-	-	-	-
	B:	1	i	98	-	29	645	594
		w	-	-	-	-	-	
Sachsen	A/ B:	10	i	3 382	14	77	13 139	5 515
			w	243	-	8	952	759
	B:	-	i	119	-	40	89	3
			w	10	-	4	40	-
Sachsen-Anhalt	A/ B:	4	i	1 571	4	19	5 796	2 351
			w	22	1	-	396	231
	B:	-	i	55	-	5	10	1
			w	3	-	-	10	1
Schleswig-Holstein	A/ B:	5	i	1 150	16	42	4 359	1 714
			w	53	-	3	161	146
	B:	-	i	68	-	48	-	-
			w	8	-	2	-	-
Thüringen	A/ B:	5	i	1 503	1	52	3 592	1 998
			w	17	-	2	66	19
	B:	-	i	55	-	36	44	-
			w	13	-	2	24	-

Land	Zahl der Vollzugsanstalten A / B = geschlossener und offener Vollzug zus. B = darunter off. Vollzug	i= insgesamt w= weiblich	Zugänge im abgelaufenen Kalendermonat		Abgänge im abgelaufenen Kalendermonat		Abgänge im abgelaufenen Kalendermonat wegen Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35 BtMG sowie wegen Aussetzung des Strafrestes bzw. Aussetzung der Unterbringung							
			insgesamt	darunter Strafantritt	insgesamt	darunter Ende der Strafe	Zurückstellung d. Strafvollstreck. nach § 35 BtMG	Aussetzung des Strafrestes / der Unterbringung						
								nach § 57 (1) StGB	nach § 57 (2) Nr. 1	nach § 57 (2) Nr. 2	nach § 57a StGB	nach §§ 88, 89 JGG	aus Sicherungsverwahrung	im Wege der Gnade
Deutschland insgesamt	A/ B: 180	i	51 563	5 759	51 919	4 790	261	617	64	12	4	165	2	1
		w	3 468	610	3 509	471	22	59	7	1	1	10	-	1
	A: 167	i	34 181	4 343	33 433	3 940	247	340	25	5	4	129	1	1
		w	2 320	468	2 297	394	20	37	3	1	9	-	1	
	B: 13	i	17 382	1 416	18 486	850	14	277	39	7	-	36	1	-
		w	1 148	142	1 212	77	2	22	4	-	-	1	-	-
davon:														
Baden-Württemberg	A/ B: 19	i	4 483	492	4 661	504	42	84	7	2	1	28	-	-
		w	219	65	220	56	2	6	1	1	1	1	-	-
	B: 1	i	1 339	29	1 533	84	-	40	4	1	-	2	-	-
		w	23	-	20	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bayern ¹⁾	A/ B: 36	i	5 197	1 049	5 231	812	28	143	12	1	2	52	-	-
		w	423	95	401	81	-	11	2	-	-	3	-	-
	B: 1	i	834	2	842	37	-	38	7	-	-	12	-	-
		w	53	-	53	1	-	1	2	-	-	-	-	-
Berlin	A/ B: 7	i	4 002	232	4 217	320	10	29	-	-	-	1	-	1
		w	211	-	219	42	-	5	-	-	-	-	-	1
	B: 1	i	2 477	36	2 687	81	1	24	-	-	-	1	-	-
		w	103	-	115	8	-	4	-	-	-	-	-	-
Brandenburg	A/ B: 5	i	832	71	868	102	4	15	1	-	-	4	-	-
		w	80	14	71	13	-	-	-	-	-	-	-	-
	B: -	i	175	10	198	23	2	6	1	-	-	2	-	-
		w	13	-	16	7	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	A/ B: 1	i	624	98	650	59	3	10	-	-	-	-	-	-
		w	48	6	52	4	1	2	-	-	-	-	-	-
	B: -	i	291	1	316	1	-	7	-	-	-	-	-	-
		w	9	-	12	-	-	2	-	-	-	-	-	-
Hamburg	A/ B: 6	i	3 194	18	3 272	159	3	13	1	-	-	-	1	-
		w	200	-	215	10	1	1	-	-	-	-	-	-
	B: 1	i	852	-	916	5	-	8	1	-	-	-	-	-
		w	62	-	72	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessen	A/ B: 16	i	1 434	147	528	241	20	40	3	2	-	5	1	-
		w	80	45	51	25	3	1	-	-	-	1	-	-
	B: 1	i	65	7	62	41	1	15	1	1	-	-	1	-
		w	14	1	5	1	1	1	-	-	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	A/ B: 5	i	624	80	641	87	-	12	1	1	-	7	-	-
		w	39	3	37	6	-	1	1	-	-	-	-	-
	B: -	i	216	-	233	9	-	6	-	-	-	3	-	-
		w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	A/ B: 13	i	6 551	716	6 637	388	21	46	4	4	-	5	-	-
		w	376	75	390	30	7	4	1	-	-	1	-	-
	B: -	i	1 622	129	1 704	82	-	22	3	3	-	2	-	-
		w	154	7	156	-	-	2	1	-	-	1	-	-
Nordrhein-Westfalen	A/ B: 36	i	17 240	2 000	17 671	1 195	75	120	10	2	1	44	-	-
		w	1 240	227	1 285	112	7	16	1	-	-	3	-	-
	B: 7	i	8 415	1 113	8 774	439	10	86	8	2	-	11	-	-
		w	628	134	657	57	1	9	-	-	-	-	-	-

Land	Zahl der Vollzugsanstalten A / B = geschlossener und offener Vollzug zus. B = darunter off. Vollzug	i= insgesamt w= weiblich	Zugänge im abgelaufenen Kalendermonat		Abgänge im abgelaufenen Kalendermonat		Abgänge im abgelaufenen Kalendermonat wegen Zurückstellung der Strafvollstreckung nach § 35 BtMG sowie wegen Aussetzung des Strafrestes bzw. Aussetzung der Unterbringung								
			insgesamt	darunter Strafantritt	insgesamt	darunter Ende der Strafe	Zurückstellung d. Strafvollstreck. nach § 35 BtMG	Aussetzung des Strafrestes / der Unterbringung							
								nach § 57 (1) StGB	nach § 57 (2) Nr. 1	nach § 57 (2) Nr. 2	nach § 57a StGB	nach §§ 88, 89 JGG	aus Sicherungsverwahrung	im Wege der Gnade	
Rheinland-Pfalz	A/ B:	10	i	2 011	224	2 093	225	22	18	9	-	-	5	-	-
			w	206	40	205	23	-	2	1	-	-	-	-	-
	B:	-	i	455	1	519	9	-	6	7	-	-	2	-	-
			w	62	-	75	1	-	-	1	-	-	-	-	-
Saarland	A/ B:	2	i	576	137	591	33	3	7	1	-	-	-	-	-
			w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	B:	1	i	230	87	250	20	-	2	1	-	-	-	-	-
			w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sachsen	A/ B:	10	i	2 578	183	2 619	302	15	44	5	-	-	2	-	-
			w	175	3	186	42	1	7	-	-	-	1	-	-
	B:	-	i	378	-	416	16	-	14	4	-	-	-	-	-
			w	25	-	28	2	-	1	-	-	-	-	-	-
Sachsen-Anhalt	A/ B:	4	i	881	180	881	134	1	10	2	-	-	4	-	-
			w	64	24	66	13	-	2	-	-	-	-	-	-
	B:	-	i	30	1	36	3	-	3	2	-	-	1	-	-
			w	2	-	3	-	-	2	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holstein	A/ B:	5	i	1 037	95	1 025	106	3	14	3	-	-	7	-	-
			w	78	13	82	12	-	1	-	-	-	-	-	-
	B:	-	i	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
			w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Thüringen	A/ B:	5	i	299	37	334	123	11	12	5	-	-	1	-	-
			w	29	-	29	2	-	-	-	-	-	-	-	-
	B:	-	i	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
			w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Datenstand für Bayern zum 31. März 2017 (siehe Erläuterungen)
 Statistisches Bundesamt, Bestand der Gefangenen und Verwahrten, Stand 2018

